



15.09.2010
Seite 1 von 33

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

**Regierungserklärung
der Ministerpräsidentin
des Landes Nordrhein-Westfalen,
Hannelore Kraft MdL,
am 15. September 2010
vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen**

„Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen“

- Es gilt das gesprochene Wort -

I. Was Nordrhein-Westfalen besonders macht

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

erlauben Sie mir zu Beginn meiner ersten Regierungserklärung als Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen einige persönliche Worte.

Ich war immer stolz darauf, für dieses Land arbeiten zu dürfen. Und ich bin sehr dankbar dafür, dass ich das nun als Ministerpräsidentin tun darf.

Dass Traum und Albtraum oft dicht beieinander liegen, gehört zu den Erfahrungen, die jeder von uns im Leben macht. Die Tragödie am Tag der Loveparade in Duisburg hat mich persönlich wenige Tage nach dem Amtsantritt sehr schmerzlich daran erinnert.

Wir können keine Wunden heilen, aber wir wollen dabei helfen, das Unfassbare etwas erträglicher zu machen. Die Verantwortlichkeiten zu klären, das sind wir den Trauernden schuldig und den vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen, die mir in den vergangenen Wochen tausende berührender Briefe und E-Mails geschrieben haben.

Nicht zum ersten Mal in der Geschichte gab es dieses außergewöhnliche Maß an Mitmenschlichkeit und Solidarität. Sie sind Merkmale unseres Landes.

Nur so konnte unser Land auch Schrittmacher und Mutmacher für neue Wege sein: bei der Bewältigung der großen sozialen und gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit, beim Umbau und bei der Modernisierung unserer Wirtschaft, bei der ökologischen Erneuerung ganzer Regionen und Industrien, bei der Suche nach neuen Horizonten in Kunst und Kultur.

Das, was Nordrhein-Westfalen so besonders macht, muss und wird Bestand haben:

- eine Weltoffenheit, auf die wir stolz sind und die wir uns bewahren wollen;
- eine aufrichtige Menschlichkeit, eine starke Solidarität und ein ausgeprägter Sinn für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt;
- eine belastbare Sozialpartnerschaft, eine starke Wirtschaft und eine starke Kultur der Mitbestimmung, mit der wir manche Krisen und den beispiellosen Strukturwandel vor Ort bewältigt haben;
- eine kulturelle Vielfalt, die unser Land und seine Regionen besonders lebenswert und attraktiv macht.

Wir sind stolz auf die Veränderungen, die dieses Land in Jahrzehnten und Jahrhunderten bewältigt hat. Manche sind noch nicht abgeschlossen, neue werden hinzukommen. Wir werden sie gestalten. Denn wir haben Erfahrung darin, Neues zu schaffen und Gutes zu bewahren. Beides gehört zusammen.

II. Ein neuer Stil des Regierens

Eine neue Chance für unsere Demokratie

Dieses Land Nordrhein-Westfalen erlebt nun auch auf dem Gebiet der Politik sichtbare Veränderungen. Manche davon sind Premieren.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat Nordrhein-Westfalen eine Ministerpräsidentin. Und zum ersten Mal keinen stellvertretenden Ministerpräsidenten, sondern eine stellvertretende Ministerpräsidentin.

Ein weiteres Ergebnis vom 9. Mai lautet: Zum ersten Mal in der Geschichte Nordrhein-Westfalens haben die Koalitionspartner zusammen nicht die absolute Mehrheit im Landtag.

Diese Landesregierung ist nicht die erste Minderheitsregierung in der Bundesrepublik Deutschland und sie wird nicht die letzte sein. Aber sie ist die erste in Nordrhein-Westfalen.

Diese Landesregierung wird für jede Entscheidung eine Mehrheit suchen. Das ist auch eine Chance für Parlament und politische Parteien. Das ist eine Herausforderung für Regierung und Opposition. Beide haben die Chance, bei den Bürgerinnen und Bürgern Respekt, Anerkennung und Zustimmung zu erwerben, wenn sie mit dieser Situation verantwortungsvoll umgehen.

Die Bürgerinnen und Bürger beobachten uns dabei sehr genau. Und sie urteilen nach Leistung, nach Kompetenz und Können – und zwar Regierung und Opposition gleichermaßen. Sie wollen weder Fundamentalopposition noch mutloses Regieren. Sie wollen wissen, was Sache ist. Sie wollen den Wettstreit um die besten Lösungen für unser Land, aber sie wollen keinen Wettkampf um die Pole Position in Meinungsumfragen.

Ich bin sicher, die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen wollten zugleich einen anderen Stil in der Politik. Sie wollten eine Politik, die Respekt vor ihnen zeigt. Sie wollten eine Politik mit Augenmaß und eine Politik mit Leidenschaft für unser Land. Ihr Wille ist für uns Verpflichtung.

Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern

Wir respektieren den Willen und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören für uns auch jene, die keine der Parteien im Landtag gewählt haben, weil sie erst gar nicht zur Wahl gegangen sind. Auch in Nordrhein-Westfalen sind sie längst die stärkste Partei.

Sie sind in der Vergangenheit von dem, was sie als Politik wahrnehmen und erleben, enttäuscht und frustriert worden. Und wenn ich „Vergangenheit“ sage, meine ich nicht nur die letzten fünf Jahre und nicht nur Nordrhein-Westfalen.

„Tun, was man sagt und sagen, was man tut“ – diese wenigen Worte von Johannes Rau sagen alles darüber, was die Menschen erwarten. Bei seiner ersten Wahl zum Ministerpräsidenten lag die Wahlbeteiligung noch bei 80 Prozent. 30 Jahre später waren es über 20 Prozent weniger. Das war ein neuer Negativrekord. Wir müssen diesen Abwärtstrend stoppen.

Richtig ist: Wer auf sein Wahlrecht verzichtet, verzichtet auf sein Recht zur Mitbestimmung. Auch wenn es bei manchen Gründe gibt, die wir bei aller Selbstkritik nicht nachvollziehen können, sollten wir uns kein Urteil darüber anmaßen, sondern sie ernst nehmen. Unsere gemeinsame Aufgabe lautet: Wir müssen sie für die Beteiligung an unserer Demokratie zurück gewinnen.

Auch deshalb müssen wir unser Handeln transparent machen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, was die Regierung tut – und sie sollen die Erfahrung machen, dass die Regierung tut, was sie sagt. Und mehr als das: sie sollen selber auf dem Spielfeld der Politik stehen und nicht am Spielfeldrand oder auf der Zuschauertribüne sitzen. Auch deshalb werden wir den Bürgerinnen und Bürgern mehr Rechte zur aktiven Teilnahme und Teilhabe an unserem demokratischen Gemeinwesen vor Ort geben.

Wir müssen vor allem mehr junge Frauen und Männer politisch aktivieren. Auch die politische Bildung braucht dafür neue Akzente und neue Impulse. Deshalb werden wir die politische Bildung wieder stärken.

Wissen, was Sache ist – das gilt auch für mich. Ich will die Nähe zu den Menschen nicht verlieren und ich will Bodenhaftung behalten. Deshalb werde ich auch als Ministerpräsidentin die Reihe der Tatkraft-Tage fortsetzen. Einmal im Monat werde ich einen Tag lang in Betrieben, in öffentlichen Einrichtungen und an anderen Orten arbeiten. Ich möchte mit Menschen zusammenkommen, deren Lebenswirklichkeit eine ganz andere ist als etwa unsere hier in Düsseldorf. Ich möchte von und mit den Menschen lernen, die ein ganz anderes Leben führen als wir. Dabei werde ich unsere Politik einem ganz persönlichen Praxistest unterziehen. Das gehört dazu, wenn ich von Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern spreche.

Augenmaß im Handeln

Regieren mit Augenmaß - das ist unsere zweite Leitlinie. Klar in der Sache, bodenständig, schnörkellos in Worten und vernünftig in Taten. Wir machen Politik weder mit dem Megaphon noch mit dem Brecheisen.

Diese Landesregierung hat sich ehrgeizige, aber realistische Ziele gesetzt. Wir orientieren uns an der Wirklichkeit. Grundlage für unsere Politik ist unser Koalitionsvertrag. Darin haben wir unsere Überzeugungen klar formuliert und unsere Ziele für beide Partner festgeschrieben.

Wir wollen unsere Politik immer wieder daran messen, ob sie den Bedürfnissen der Menschen und des Landes gerecht wird. Wir sind lernfähig und bereit

zu Konsens und Kompromissen. Das sind keine Schwächen, sondern Grundpfeiler der Demokratie.

Wir tragen Verantwortung für das ganze Land. Wir sind allein dem Gemeinwohl verpflichtet und keiner Klientel und keiner Lobby. Unsere Aufgabe ist, das Leben der Menschen besser zu machen. Wir werden das tun, was wir vor der Wahl gesagt haben – in kleinen und in großen Schritten, aber immer mit Augenmaß. Es muss an den Stellen Reformen geben, wo das Herumdoktern an Symptomen mehr Probleme schafft als löst. Ich denke da nicht nur an die Bildungspolitik.

Wir wollen berechenbare und verlässliche Partner der Bürgerinnen und Bürger sein. Wir werden unsere Reformen mit Augenmaß durchführen, mit Sorgfalt und Geduld. Wir werden Reformen die notwendige Zeit lassen, um ihre Wirkung zu entfalten, anstatt die Bürgerinnen und Bürger mit ständigen Änderungen und immer neuen Korrekturen zu verunsichern.

III. Unsere Politik für NRW: Der Mensch steht im Mittelpunkt

Aus Betroffenen Beteiligte machen, ermöglichen, nicht erzwingen, Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern, eine Politik mit Augenmaß – diese Leitlinien fließen in einem großen Prinzip zusammen: „Der Mensch steht im Mittelpunkt“. Dieses Prinzip ist der Maßstab unseres Handelns.

Dabei werden wir das Denken in klassischen Ressorts und messerscharf abgegrenzten Zuständigkeiten dort überwinden, wo es noch zu finden ist. Allein der demografische Wandel mit seinen vielfältigen Auswirkungen auf alle Ressorts der Landesregierung macht eine engere Kooperation notwendig. Der Blick über den Tellerrand wird nicht ausreichen. Wir müssen bis zum Horizont schauen – und weiter.

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärker machen. Dabei brauchen wir auch in Zukunft und mehr noch als in der Vergangenheit den Rat und die tatkräftige Unterstützung der Sozial- und Wohlfahrtsverbände und der Kirchen, der Gewerkschaften und sozialen Gruppen, der Vereine und der ganzen Zivilgesellschaft in unserem Land.

Gemeinsam wollen wir Nordrhein-Westfalen menschlicher machen: durch gezielte Investitionen in die Bildung, durch gute Arbeit und bessere Chancen für Menschen mit Benachteiligungen gerade auf dem Arbeitsmarkt, durch die Bewahrung und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, durch eine nachhaltige Integration zugewanderter Familien, durch mehr Chancengleichheit auch für Frauen, durch mehr demokratische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger und durch einen wirksamen Schutz ihrer Rechte und ihrer Sicherheit.

Wir wollen kein Kind zurücklassen

Die Startbedingungen entscheiden sich in den Kommunen

Der Lebensmittelpunkt der Menschen ist ihre Stadt oder Gemeinde, ist ihr Stadtviertel und ihre Straße.

Vor Ort entscheidet sich, ob Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt gelingen. Hier zeigt sich zuerst, ob Politik den Menschen nützt oder nicht. Vor Ort muss es die sozialen Frühwarnsysteme geben, die Notlagen erkennen und die vor allem helfen, falschen Entwicklungen vorzubeugen. Vor Ort muss es die konkreten Hilfen für Eltern geben, die mit ihrer Lebenssituation überfordert sind und Hilfe brauchen.

Hier entscheidet sich, ob alle Kinder bestmöglich gefördert werden können, etwa durch eine frühzeitige Sprachförderung; hier entscheidet sich, ob Eltern Beruf und Familie miteinander vereinbaren können; hier entscheidet sich, ob und wie Menschen verschiedener Herkunft gut miteinander leben können; hier entscheidet sich, ob Menschen gleichberechtigt und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sicher leben können.

In unseren Kommunen gibt es dafür kluge Konzepte. Aber oft fehlen die Mittel, sie flächendeckend umzusetzen. Die aber brauchen wir, um unser ehrgeiziges Ziel zu erreichen: Wir wollen kein Kind zurücklassen.

Prävention beginnt in der Familie und vor Ort

Das geht nur, wenn wir einen Grundsatz beherzigen: Vorsorge ist besser als Nachsorge – oft gesagt, selten befolgt. Wir machen es besser.

Eine auf Prävention angelegte Politik für Kinder beginnt für uns bereits lange vor der Geburt. Sie beginnt bei der Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden bereits in der Schwangerschaft, sie setzt sich fort von der frühkindlichen Erziehung über die Kinder- und Jugendhilfe bis in die Bildungs- und Integrationspolitik.

Wer frühzeitig in gute Bildung investiert, in mehr Kinder- und Ganztagsbetreuung, in passgenaue Hilfen für Alleinerziehende und Familien und in eine vorsorgende Sozial- und Integrationspolitik, der sorgt am besten für die Zukunft vor - weil er direkt in die Zukunft investiert. Eine solche präventive Politik wird sich mittelfristig und erst recht langfristig auch finanziell rechnen.

Ein Beispiel: Im Jahr 2009 stellten die Jugendämter in Nordrhein-Westfalen fast 10.000 Kinder und Jugendliche vorläufig unter Schutz. Das war nicht nur ein Anstieg von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, sondern ein neuer Negativrekord. Wenn man außerdem weiß, dass jeder Fall eines unter Schutz gestellten Kindes eine Kommune jedes Jahr im Schnitt zwischen 80.000 und 90.000 Euro kostet, wird deutlich, wie sehr sich Prävention auch finanziell rechnet. Um die Dimensionen klar zu machen, über die ich spreche: Es geht nicht um acht oder neun, sondern um 800 und 900 Millionen Euro - pro Jahr!

Unser Ziel lautet, in zehn Jahren die Zahl der Inobhutnahmen auf die Hälfte zu senken.

Ein zweites Beispiel: Im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hat das Münchener Ifo-Institut im vergangenen Jahr die Wachstumspotenziale untersucht und beziffert, die durch bessere Bildung erzielt werden könnten.

Die Berechnungen veranschaulichen, dass Bildungsreformen sehr langfristig wirkende Maßnahmen sind. Doch wenn wir jetzt schnell und konsequent handeln, werden wir schon deutlich früher einen Milliarden-Zugewinn beim Bruttoinlandsprodukt verbuchen können. Gelingt es Nordrhein-Westfalen in den kommenden zehn Jahren, die Zahl der Risikoschüler mit unzureichender Bildung deutlich zu senken, summieren die Wissenschaftler den Ertrag bis zum Jahr 2050 bereits auf knapp 148 Milliarden Euro nur für NRW.

Je schneller wir also das Bildungsziel umsetzen, den Kindern eine gute schulische Ausbildung zu ermöglichen, desto größer wird der wirtschaftliche Ertrag ausfallen. Für Nordrhein-Westfalen kommen die Forscher dabei auf eine gigantische Summe: Über 790 Milliarden Euro mehr Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen könnten wir bis zum Jahr 2100 schaffen, wenn es uns nur gelingt, die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren! Das wollen wir in den nächsten zehn Jahren schaffen. Lassen Sie uns heute zusammen damit anfangen, denn es lohnt und rechnet sich!

Auch vor diesem Hintergrund werde ich sehr dafür, in Nordrhein-Westfalen den Schulfrieden zu wahren. Bei der Analyse sind wir uns schließlich in sehr großen Teilen einig. Jetzt sollten wir auch nach Kompromissen bei den Wegen suchen. Wir sind zu einem Bildungskonsens bereit, der diese positive Entwicklung für die nächsten Jahre möglich macht. Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie die verantwortlichen Akteure würden das zu schätzen wissen.

Ich begrüße auch im Namen von Frau Kollegin Löhrmann ausdrücklich, dass alle im Landtag vertretenen Parteien signalisiert haben, unserer Einladung zu einer großen Bildungskonferenz mit allen Beteiligten nachkommen zu wollen. Dies soll der Startschuss sein für einen Beteiligungsprozess, in dem wir über wichtige Themen diskutieren und zu gemeinsamen Ergebnissen kommen wollen.

Mehr Investitionen in Bildung

Die Landesregierung wird die Hürden im Bildungssystem abbauen – auch die finanziellen. In einem ersten Schritt werden wir schon im nächsten Jahr das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen. Wir werden alle Demografiegewinne im System Schule belassen. Und wir werden im kommenden Jahr die Studiengebühren abschaffen.

Wir investieren mehr Geld in Bildung. Wir investieren damit in erster Linie in die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel und zugleich in die Zukunft des

Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Denn wenn wir es nicht schaffen, mehr junge Menschen zu besseren Abschlüssen zu führen, wird unser Land keine gute Zukunft haben.

Die OECD schlägt wiederholt Alarm, weil Deutschland im internationalen Vergleich bei der Bildungsentwicklung in vielen Feldern zurückfällt, anstatt aufzuholen. Nur die Türkei, die Slowakei, Spanien und Irland geben im OECD-Vergleich noch weniger Geld für Bildung aus als Deutschland. Und wir verlieren bei der Ausbildung von Hochqualifizierten trotz einiger positiver Schritte weiter an Boden. Die Bemühungen um eine höhere Studienanfängerquote fruchten wenig: Diese Quote sank 2007 im dritten Jahr in Folge auf nun 34 Prozent, wie aus der Studie weiter hervorgeht. Im OECD-Mittel liegt die Studienanfängerquote an Hoch- und Fachhochschulen bei 56 Prozent.

„Wenn Deutschland gestärkt aus dieser Wirtschaftskrise hervorgehen will, dann ist jetzt der Zeitpunkt, in Bildung und höhere Qualifikation zu investieren“, sagte die OECD-Direktorin für Bildung, Barbara Ischinger, bei der Präsentation der Studie. Ich bin sicher: Dem können wir alle zustimmen.

Bildung für die Kleinsten

Bildung ist mehr als Lesen, Schreiben, Rechnen. Bildung beginnt nicht erst in der ersten Schulklasse. Bildung fängt bei den Kleinsten an. Mit ihnen haben wir Großes vor. Wir bauen unsere Kindertagesstätten weiter aus und stärken sie zugleich als Dreh- und Angelpunkt der Frühen Bildung.

Wir wollen deshalb das sogenannte „Kinderbildungsgesetz“ gemeinsam mit den Trägern und den Kommunen grundlegend verändern, sodass bereits zum Kindergartenjahr 2011/2012 ein Kinderbildungsgesetz gilt, das den Anforderungen an eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung gerecht wird.

Der Ausbau der kulturellen Bildung ist das zentrale Projekt unserer Kulturpolitik. Gerade Kinder und ihre Eltern wollen wir für Bildung begeistern – auch außerhalb von Kita und Schule. Wir möchten die Kultureinrichtungen stärker für Kinder und Jugendliche öffnen. Das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ muss evaluiert und weiterentwickelt werden. Mit dem Programm „Kultur und Schule“ werden wir kulturelle Projekte weiter ausbauen und dabei den Elementarbereich einbeziehen.

Kinder sollen einen „Kulturrucksack“ mit auf den Weg bekommen. In diesem Rucksack werden sie Gutscheine finden, die den kostenlosen Besuch von landeseigenen Kultureinrichtungen ermöglichen. Wir möchten aber auch die Kommunen dafür gewinnen, sich an diesem Kulturrucksack zu beteiligen, damit Kinder besseren Zugang zu den vielfältigen kulturellen Einrichtungen vor Ort bekommen.

Weichen in der Schule richtig stellen

Das nordrhein-westfälische Schulsystem ist den Anforderungen der Zukunft nicht mehr gewachsen. Ein zweiter Befund ist nicht weniger alarmierend: Bei uns wie auch in Deutschland insgesamt hängt der Bildungserfolg unserer Kinder immer noch viel zu stark vom sozialen Status und vom Geldbeutel ihrer Eltern ab. Wir wollen und müssen deshalb unser Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger gestalten. Das Ziel ist die beste Bildung für alle. Das gilt für Leon und Karoline genauso wie für Ayse und Mehmet.

Insbesondere wollen wir durch bessere Bildung mehr sozialen Aufstieg ermöglichen. Das meinen wir mit einer präventiven Politik, die Ungerechtigkeiten beseitigt und zugleich Nordrhein-Westfalens Zukunft als Wirtschaftsstandort sichert. Unsere Kinder und Jugendlichen sollen starke Persönlichkeiten werden, die ihre Talente entfalten, ihre Potenziale ausschöpfen und ihr Leben meistern können.

Wir werden bei uns im Land mehr finanzielle Mittel bereitstellen: für den Ausbau des Ganztags an allen Schulformen, für die Qualitätsentwicklung des Unterrichts, für längeres gemeinsames Lernen, für Inklusion, für pädagogische Innovationen und zur Verbesserung der Unterrichtssituation. Dabei schütten wir nicht die Gießkanne aus, sondern gehen zielgerichtet vor.

Wir werden die Kommunen bei der Schulentwicklungsplanung beraten und aktiv unterstützen. Dasselbe gilt für die regionale Schulentwicklungsplanung zwischen den Schulträgern untereinander und mit dem Land. An der grundsätzlichen Aufgabenverteilung zwischen dem Land und den Schulträgern ändert sich nichts. Aber die Kommunen sollen neue Freiheiten und konkrete Möglichkeiten bekommen und in eigener Verantwortung entscheiden, ob und wie sie bestimmte Schulformen zusammenführen.

Gemeinschaftsschule

Die Grundlage der neuen Bildungspolitik ist es, die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Längeres gemeinsames Lernen, mehr individuelle Förderung und mehr Durchlässigkeit sind das solide Fundament von guter Schule.

Wir wollen überall im Land Gemeinschaftsschulen möglich machen. Dabei werden wir mit Augenmaß vorgehen und den Willen der Eltern und unserer Kommunen respektieren.

Besonders wichtig für Kinder, Eltern und Kommunen ist die wohnortnahe Schulversorgung. Auch da kann uns die Gemeinschaftsschule ein gutes Stück weiterbringen. Für viele Kinder wird es wieder möglich sein, direkt vor Ort ihren Abschluss zu machen - auch auf dem Land und nicht nur in der Großstadt.

Die Jugendpolitik ist ein weiterer Baustein unserer Politik. Wir werden die Jugendpolitik wieder zu einem eigenständigen und zentralen Politikfeld machen. Im Mittelpunkt steht der neue Kinder- und Jugendförderplan, den wir noch in diesem Jahr erarbeiten werden. Wir halten, was wir vor der Wahl versprochen haben und werden mit insgesamt 100 Millionen Euro 25 Prozent mehr Geld in die Kinder- und Jugendförderung investieren.

Ausbildung und Weiterbildung

Wir sehen seit langem, dass der - auch demografisch bedingte - Fachkräftemangel sich zu einem massiven Problem für unsere Wirtschaft auswächst, insbesondere für Mittelstand und Handwerk.

Nordrhein-Westfalen muss schon deshalb das Land der Weiterbildung bleiben. Wir werden auch hier mehr Geld investieren und wir wollen mit einem fortentwickelten Weiterbildungsgesetz und einer verbesserten regionalen und kommunalen Bildungsberatung auch jene Menschen zum lebenslangen Lernen motivieren, die bislang zu den sogenannten „bildungsfernen Schichten“ zählen oder gezählt werden.

Mit der dauerhaften Verknüpfung unserer Schul-, Jugend- und Wirtschaftspolitik können wir dem Fachkräftemangel am besten entgegenwirken. Wir brauchen eine gute und rechtzeitige Berufsorientierung in der Schule. Wir müssen mehr tun, damit die Ausbildungsgarantie Wirklichkeit wird. Dazu werden wir auch ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept zur beruflichen Integration von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf bis zum Abschluss einer beruflichen Ausbildung erstellen. Auch an dieser Stelle werden wir den Dialog mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften neu beleben.

Neue finanzielle Spielräume für unsere Kommunen

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ob und in welchem Umfang unsere Präventions- und Bildungspolitik erfolgreich sein kann, entscheidet sich zuerst in den Städten und Gemeinden. Klar ist: Dazu brauchen wir mehr finanzielle Anstrengungen des Bundes, des Landes und der Kommunen.

Städte und Gemeinden sind für uns keine Bittsteller, sondern Partner auf gleicher Augenhöhe. Wir streben eine verlässliche Zusammenarbeit mit den Kommunen an. Wir werden die kommunalen Spitzenverbände frühzeitig und umfassend bei allen Angelegenheiten beteiligen, die Auswirkungen auf die Kommunen haben. Das Land wird sie bei ihren Aufgaben unterstützen – wirksamer als bisher.

Wir werden die Kommunen entlasten. Und wir werden für Aufgaben bezahlen, die wir ihnen übertragen.

- Das Konnexitätsgebot muss auch zwischen Bund und Kommunen wieder zur vollen Geltung kommen. Die Unterbringungskosten für Langzeitarbeitslose und die Eingliederungshilfen für Behinderte nehmen unseren Städten und Gemeinden finanziell die Luft zum Atmen.
- Wir werden uns für den Erhalt der Gewerbesteuer einsetzen. Und wir wollen dafür sorgen, dass der bundesweite Solidarausgleich schwachen Kommunen zu Gute kommt – ob sie im Osten liegen oder im Westen.
- Auch Städte und Gemeinden mit Haushaltssicherung müssen wieder Zugang zu Programmen des Bundes, zum Beispiel zur Stadterneuerung, bekommen. Das Problem des kommunalen Eigenanteils muss gelöst werden.

Das sind drei wichtige Themen, die wir Nordrhein-Westfalen gemeinsam in Berlin ansprechen müssen. Uns eint das Ziel, das finanzielle Ausbluten unserer Kommunen zu stoppen - und mehr als das: wir wollen sie auf Dauer stärker machen.

Dafür ist es allerhöchste Zeit. Denn die Wucht der aktuellen und absehbaren Herausforderungen hat unsere Städte und Gemeinden längst an ihre finanziellen Grenzen getrieben und oft weit darüber hinaus. Nie in der Geschichte unseres Landes waren so viele Kommunen im Nothaushalt wie in diesem Jahr. Mittlerweile ist es mehr als jede dritte. Ihnen steht das Wasser weiter als nur bis zum Hals. Sie brauchen wieder Luft zum Atmen.

Deshalb werden wir mit einer Reihe von Sofortmaßnahmen die finanzielle Ausstattung unserer Städte und Gemeinden verbessern:
So werden wir im Nachtragshaushalt 2010 die Verschlechterungen des kommunalen Finanzausgleichs der vergangenen Jahre rückgängig machen. Der 4/7-Anteil an den Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer, den die Vorgängerregierung den Kommunen vorenthalten hat, wird wieder in den Steuerverbund aufgenommen - das sind 130 Millionen Euro zusätzlich für die kommunalen Haushalte. Außerdem befreien wir unsere Städte und Gemeinden von ihrem Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts. Das sind noch einmal rund 166 Millionen Euro für die Stadtkassen.
Bei der Abrechnung der Einheitslasten verzichten wir solange auf Forderungen gegen die Kommunen, bis wir beim entsprechenden Gesetz verfassungsrechtliche Klarheit haben. Forderungen aus dem Jahr 2009, die im kommenden Jahr abgerechnet werden, stunden wir. Nach vorläufigen Schätzungen sind das rund 170 Millionen Euro.
Für den Ausbau der Kita-Plätze für Unter-Drei-Jährige stellen wir weitere 150 Millionen Euro für die Kommunen bereit.

Wir wollen unseren Kommunen sehr direkt und sehr konkret helfen, ihre eigenen Haushalte dauerhaft zu konsolidieren. Die Landesregierung wird – erstmals bereits im nächsten Jahr – mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen eine Konsolidierungshilfe für Kommunen mit besonders großen strukturellen Problemen leisten. Dabei werden die hoffnungslos überschuldeten Städte zeitweise von den Zinslasten und Tilgungen für ihre Altschulden entlastet. Damit erhalten die Städte die notwendigen finanziellen Freiräume, um ihre strukturellen Haushaltsdefizite zu senken und dringend notwendige Investitionen vor Ort umzusetzen.

Nachhaltige Finanzpolitik

Diese Landesregierung verpflichtet sich ausdrücklich den finanzpolitischen Zielen der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus. Wir wissen um unsere Verpflichtung, unseren Kindern und Enkeln keinen Schuldenberg zu hinterlassen. Unser Ziel ist es, vom nächsten Jahr an die Neuverschuldung schrittweise zu senken.

Wir stellen aber fest, dass die übliche Vorgehensweise der Haushaltspolitik, Sozialausgaben zu kürzen und Personal abzubauen, nicht zu einer langfristigen Konsolidierung geführt hat. Denn die Politik des Rotstifts bringt bestenfalls kurzfristige Entlastungen, führt teilweise aber zu einem Anstieg der sozialen Kosten. Wir gehen hier bewusst einen anderen Weg als die Bundesregierung mit ihrem Sparpaket. Sie spart kurzfristig selbst bei den Schwächsten – etwa bei der Rentenversicherung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern -, obwohl wir schon heute wissen, dass damit Altersarmut vorprogrammiert ist. Die Kommunen werden dafür später durch höhere Zahlungen für die Grundsicherung im Alter teuer bezahlen müssen.

Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik. Wir müssen jetzt den Mut haben, in Vorbeugung, Betreuung und Bildung zu investieren. Wir bekennen uns offen und selbstbewusst dazu, dass dies zunächst höhere Ausgaben und gegebenenfalls zusätzliche Schulden bedeutet. Doch wir sind davon überzeugt: Nur eine mutige Politik, die auf die Stärkung von Familien, auf Prävention, auf beste Bildung von der Kita bis zur Hochschule, zielt, führt im zweiten Schritt zu Wirtschaftswachstum, höheren Steuereinnahmen und sinkenden Staatsausgaben.

Wir haben den Mut zu einer neuen Finanzpolitik. Wir gehen unseren Weg, obwohl und weil wir wissen, dass die enormen Belastungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht überwunden sind und dass sie uns noch länger zu schaffen machen werden. Wir haben gelernt, dass politisches Denken und Handeln in Intervallen und Legislaturperioden kein dauerhaftes Erfolgsmodell ist.

Wir geben der Fusion der Landesbanken klar Vorfahrt vor einer Zerschlagung in Einzelteile. Daher begrüßen wir Signale der Sparkassenverbände, konkrete Schritte zu einem Zusammengehen der Landesbanken einzuleiten. Die WestLB ist auf dem Weg, die Auflagen der EU-Kommission zu erfüllen. Dennoch bleibt noch viel zu tun – auch deshalb, weil in der Vergangenheit manches versäumt worden ist. So wurden zum Beispiel absehbare Verluste nicht rechtzeitig und nicht ausreichend abgesichert.

Mehr Steuergerechtigkeit

Der Weg der nachhaltigen Finanzpolitik ist nach unserer Überzeugung für ein Bundesland ohne Alternative. Denn auf der Einnahmeseite haben die Bundesländer ohne eine nennenswerte eigene Steuerhoheit keine Spielräume zur Konsolidierung.

Der Satz von Heinz Kühn ist noch immer richtig: Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten.

Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen wollen einen handlungsfähigen Staat, keinen schwachen Staat. Steuersenkungen zu diesem Zeitpunkt aber machen den Staat schwächer, weil ihm weitere Einnahmen wegbrechen würden. Das halten wir gerade in dieser Zeit für unverantwortlich.

Stattdessen müssen wir selber für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Über den Bundesrat werden wir Initiativen ergreifen, damit die Steuerlasten gerechter verteilt werden. Wir dürfen es nicht länger hinnehmen, dass sich Vermögende um ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens drücken können. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb sind wir für eine Vermögensteuer und für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, um mehr Geld in die Bildung investieren zu können. Wir halten fest an der Idee des Bildungssoli.

Wir werden die Einnahmen des Landes auch auf andere Weise erhöhen – aber nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit. So werden wir die Betriebsprüfung ausweiten. Die rund 3.300 Betriebsprüfer in Nordrhein-Westfalen haben allein im vergangenen Jahr fast 5,8 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuern eingenommen. Wir werden ihre Zahl in einem ersten Schritt um 200 erhöhen. Das ist ein Gewinn für unser Gemeinwesen und zugleich ein Beitrag zu mehr Steuerehrlichkeit. Wir sagen: „Schluss mit der Verharmlosung!“ Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern Betrug an der Gemeinschaft. Wer den Staat betrügt, betrügt alle, die ehrlich ihre Steuern zahlen und die auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sind.

Der Staat muss finanziell so ausgestattet sein, dass er seine Aufgaben für das Gemeinwohl erfüllen kann. Es ist eine der wichtigsten hoheitlichen Aufgaben des Staates, dafür zu sorgen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger sicher und in Frieden leben kann. Sicherheit und Gerechtigkeit sind grundlegende Voraussetzungen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Bereits die Furcht vor Kriminalität schürt Unsicherheit und Unfrieden. Wir werden jede Form von Kriminalität bekämpfen. Wir werden die professionelle Arbeit unserer Polizei verbessern, indem wir ab 2011 jährlich 1.400 junge Polizistinnen und Polizisten einstellen. Auch die Ausstattung der Polizei muss besser werden. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Sicherungsverwahrung beunruhigt viele Menschen auch in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen damit rechnen, dass die Gerichte auch bei uns weitere Gewalttäter entlassen werden. Wir werden alles dafür tun, die Bevölkerung vor möglichen Gefahren zu schützen, auch wenn dies einen großen Aufwand erfordert. Sicherheit geht vor.

Wir brauchen aber eine tragfähige Lösung bundesweit. Auch an dieser Stelle werden wir von der Bundesregierung im Stich gelassen. Der monatelange Streit zwischen den Regierungsparteien über eine notwendige Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung hat leider zu keinem tragfähigen Ergebnis geführt. Es gibt keine Lösungen. Es gibt nur unausgelegene Überlegungen, die sich auf die Formel bringen lassen: „Irgendwie wegsperren, ohne den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu verärgern.“

Die Länder sollen zu fragwürdigen Scheinlösungen einer Unterbringung in neuartigen Einrichtungen gezwungen werden. Diese sollen zwar absolut sicher, aber doch keine Gefängnisse sein. Die Länder müssten hierzu Millionen investieren - unter dem Risiko, dass dieser Weg vor den Gerichten keinen Bestand haben könnte. Das ist teure Augenwischerei.

Nachhaltiges Wirtschaften

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

wer Zukunft erfolgreich gestalten will, muss in der Wirtschafts- und Umweltpolitik auf Nachhaltigkeit, auf Klimaschutz sowie auf Ressourcen- und Energieeffizienz setzen. Wir verfallen nicht einem ökonomischen Kurzfristdenken in Quartalsbilanzen. Wir müssen vorausschauend planen und handeln. Wir müssen nachhaltige Innovationen vorantreiben, ohne Bewährtes zu vernachlässigen.

Unsere Wirtschaft ist stark. In vielem sind wir an der Spitze oder in Spitzengruppen – in Deutschland, in Europa, weltweit. Das hat viele Gründe: hervor-

ragend qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, eine dichte Verkehrsinfrastruktur, innovative und weltweit wettbewerbsfähige Branchen, eine leistungsfähige Klima-, Umwelt- und Energiewirtschaft und eine einzigartige Universitäts- und Forschungslandschaft. Das sind unsere großen Stärken, und die wollen wir stabilisieren und ausbauen.

Neuer ökologischer Aufbruch im Industrieland NRW

Wir sind Industrieland und wollen es bleiben. Wir in Nordrhein-Westfalen haben Erfahrung mit der Umgestaltung eines traditionellen Industrielandes zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort, der sich dem dreifachen Veränderungsdruck durch Globalisierung, demografischen Wandel und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen gewachsen zeigen muss. Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der ökologisch-industriellen Revolution machen.

Wir in Nordrhein-Westfalen gehen diese Herausforderungen entschlossen an. Von besonderer Bedeutung für den ökologischen und industriellen Wandel ist für uns eine Neuausrichtung in der Wirtschafts-, Industrie- und Umweltpolitik, die auf Nachhaltigkeit, auf Klimaschutz sowie auf Ressourcen- und Energieeffizienz in allen Wirtschaftszweigen abzielt. Wir brauchen eine moderne, nachhaltige industrielle Infrastruktur mit produktionsnahen Dienstleistungen. Zugleich wollen wir unseren Beitrag leisten, um unsere Schöpfung und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Nicht zuletzt wären die volkswirtschaftlichen Kosten einer verfehlten Politik enorm.

Wir wissen, dass Ökonomie und Ökologie, Arbeit und Umwelt keine Gegensätze sind. Wir werden deshalb eine Umweltwirtschaftsstrategie entwickeln und ein umfassendes Umweltwirtschaftsprogramm auflegen, um die starke Position nordrhein-westfälischer Unternehmen auf diesen Leitmärkten der Zukunft weiter zu festigen. Umwelttechnologien, Ressourceneffizienz, moderne Verkehrstechnologien und erneuerbare Energien werden das Bild unseres Landes genauso nachhaltig prägen wie Chemie, Kohle und Stahl.

Um ausländischen Investoren ein vollständiges Bild vom ökologischen Aufbruch im Industrieland Nordrhein-Westfalen vermitteln zu können, werden wir die Bundesregierung bitten, unsere Bewerbung um eine internationale Weltausstellung zu unterstützen, die „EXPO Fortschrittsmotor Klimaschutz“. In diesem weltweiten Schaufenster wollen wir zeigen, welche Fortschritte auf den Feldern Klimaschutz, innovative Technologien und Stadtumbau durch gemeinsames Handeln von Wirtschaft, Städten und Land unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zum Nutzen der Menschen möglich sind. Wir werden ein ehrgeiziges CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auflegen und bereits im Jahr 2011 gezielt 200 Millionen Euro aus dem Wohnungsbauvermögen zur Verfügung stellen.

Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts, die ökologische industrielle Revolution, soll von Nordrhein-Westfalen ausgehen.

Mittelstand und Handwerk

Wir haben dafür ein starkes Fundament. Wir haben zum Beispiel einen starken Mittelstand in Nordrhein-Westfalen. Nicht weniger als 99,6 Prozent der Unternehmen sind Mittelständler. Wir werden Mittelstand und Handwerk mit einem neuen Mittelstandsgesetz effektiver fördern und nachhaltiger unterstützen. In diesem Zuge werden wir die Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen verbessern. Unser Partner dafür ist die NRW.Bank.

Handwerk und Mittelstand brauchen Zugang zum schnellen Internet. Wir wollen deshalb die noch bestehenden Lücken bei der Versorgung mit Breitband-Anschlüssen so schnell wie möglich schließen und den Betrieben in einem „Masterplan Breitband“ den Zugang zu staatlichen Fördermaßnahmen ebnen.

Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sollen von den exzellenten Forschungsergebnissen an den Hochschulen und Instituten bei uns stärker profitieren. Anders als große Unternehmen haben sie nicht die Zeit und das Personal, ein Netz von Kontakten und Kooperationen mit Hochschulen und Forschungslabors zu knüpfen und auszubauen. Oft weiß der Mittelständler nicht einmal, dass die Hochschule um die Ecke auf einem Gebiet forscht, das für seinen Betrieb wichtig ist. Hier werden wir für mehr Transparenz sorgen und die Schnittstellen zwischen Forschung und Unternehmen verbessern.

Wissenschaft und Forschung

Wir sind überzeugt: Der weitere Strukturwandel in unserem Land kann nur gelingen, wenn Wissenschaft, Forschung und Lehre ihn umfassend unterstützen und vorantreiben. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind die Grundlage für innovative Lösungen bei drängenden technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Innovation heißt für uns mehr als nur die technologische Umsetzung in marktgängige Produkte. Wir brauchen Innovation in allen gesellschaftlichen Bereichen, wo sich Zukunft entscheidet.

Wir setzen deshalb darauf, die Studienbedingungen weiter zu verbessern, mehr junge Menschen für ein Studium zu gewinnen, den Hochschulzugang weiter zu öffnen und eine hohe Qualität in Forschung und Lehre zu erreichen und zu sichern. Wir brauchen Masse und Klasse.

Wir unterstützen unsere Hochschulen bei ihren Anstrengungen für ein qualitativvolles Studium und den Erfolg des Bologna-Prozesses. Die künftig wegfallenden Studienbeiträge werden von uns in voller Höhe kompensiert. Daran knüpfen wir die Erwartung, dass die Hochschulen die Studierenden bei ihren Anstrengungen zur Verbesserung der Lehre umfassend beteiligen.

Wir kürzen auch nicht an anderer Stelle, zum Beispiel nicht bei der Grundfinanzierung. Schließlich führen wir die Hochschulmodernisierung einschließlich notwendiger Sanierungsmaßnahmen fort. Nach fünf Milliarden Euro bis 2015

werden wir bis 2020 weitere drei Milliarden Euro für die Modernisierung der Hochschulen zur Verfügung stellen.

Sie haben eine gesellschaftliche Verantwortung, aus der wir sie nicht entlassen wollen. Bei aller notwendigen Orientierung auf Effizienz und Wissensvermittlung dürfen sie nicht zu Wissensfabriken degenerieren, sondern müssen Schulen der Demokratie bleiben, an denen selbständiges und kritisches Denken, soziales Engagement und Partizipation gelehrt und gelernt werden. Hochschulen Autonomie zu gewähren, darf nicht heißen, sie aus dieser Verantwortung zu entlassen. Durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen und eine Novellierung des Hochschulrechts werden wir diesen Gesichtspunkten landesplanerisch wieder mehr Geltung verschaffen.

Wir werden die Ziele in der Wirtschafts- und Umweltpolitik, in der Klimaschutz- und Energiepolitik nur erreichen können, wenn wir auf diesen Feldern Spitzenforschung ermöglichen. Wir werden die Hochschulen des Landes weiter dabei unterstützen, sich im Rahmen der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern erfolgreich zu bewerben. Die existierenden Schwerpunkte werden wir überprüfen, um Fördermittel noch konzentrierter und effizienter einzusetzen.

Auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind für Nordrhein-Westfalen lebenswichtig. Wir werden unsere Anstrengungen für neue Ansiedlungen intensivieren und auch so den Wissenschaftsstandort stärken.

Verkehrsinfrastruktur / Mobilität

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

wenn es uns nicht gemeinsam gelingt, die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen - von der Straße auf die Flüsse und bis zur Schiene - deutlich leistungsfähiger zu machen, droht der Verkehrskollaps. Dann kommt an Rhein und Ruhr der Dauerstau.

Viele Mittelständler befürchten schon heute, dass sie ihre Lkw nicht mehr auf die Straße bekommen, weil die Belastung unserer Fernstraßen durch den Güterverkehr weiter zunimmt. Und sie wird weiter zunehmen: bis 2025 werden auf der Straße der Güterverkehr um 79 Prozent und der Güterfernverkehr um 84 Prozent wachsen.

So sehr wir uns für die schrittweise Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasser einsetzen, so sind wir doch Realisten genug, um zu erkennen, dass diese Politik selbst auf mittlere Sicht nicht ausreichend erfolgreich sein wird.

Bisherige Konzepte reichen nicht aus. Wir werden deshalb zu einer großen Infrastruktur-Konferenz einladen, auf der wir gemeinsam mit allen Beteiligten

neue Impulse auch und besonders in der Verkehrspolitik entwickeln werden. Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstes Bundesland, als größter Wirtschaftsstandort und Transitland Nr. 1 trägt auch im Bereich der Mobilität eine große Verantwortung für ganz Deutschland.

Klar ist aber auch: Ohne angemessene Unterstützung des Bundes werden wir die wachsende Verkehrsbelastung in Nordrhein-Westfalen nicht abbauen können, denn wir werden die Verkehrsknotenpunkte ausbauen müssen. Entscheidend ist, dass die Programme des Bundes der Größe Nordrhein-Westfalens und seiner wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend nach NRW geleitet werden. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall. Es kann sich ändern, wenn wir Nordrhein-Westfalen geschlossen in Berlin agieren und gemeinsam auf eine stärkere Beteiligung an den Kosten drängen.

Wir wollen noch mehr Menschen ermöglichen, auf den ÖPNV umzusteigen. Für viele steht die immer noch existierende, kaum überschaubar und begreifbare Tarifvielfalt im ÖPNV im Wege. Unser Ziel ist ein echter, landesweiter Verbundtarif. Wir werden aus Landesmitteln jene Verbände und Kommunen unterstützen, die ein Sozialticket einführen wollen. Wir machen die Kürzungen bei der Schülerbeförderung rückgängig. Das sind Beiträge zur gesellschaftlichen Teilhabe, die zugleich den ÖPNV stärker machen.

Energiepolitik

Den Strukturwandel weiter vorantreiben, das heißt auch, die Erneuerung unserer Energiewirtschaft fortzusetzen. Ein Schwerpunkt ist das Rheinische Revier, dem wir mit einer aktiven Industriepolitik eine nachhaltige Perspektive geben wollen, damit Arbeit, Umwelt und Fortschritt auch in diesen Regionen eine sichere Zukunft haben. Die Braunkohlewirtschaft wird ihren Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele leisten müssen: durch Effizienzsteigerungen im Kraftwerkspark und die Stilllegung überalterter Kraftwerksblöcke. Wir werden ein Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“ gemeinsam mit den Unternehmen entwickeln.

2007 haben sich der Bund, die Kohleländer Nordrhein-Westfalen und Saarland, die IG BCE und die RAG gemeinsam auf einen Kohlekompromiss geeinigt. Auch das war ein Zeichen der Geschlossenheit. Diese Geschlossenheit brauchen wir auch heute, um den Verordnungsentwurf der EU-Kommission abzuwehren, der das Ende des Bergbaus schon für 2014 vorsieht. Ich sage: Dieser Kohlekompromiss darf in keinem Punkt zur Disposition gestellt werden. Die gemeinsame Erklärung von Landesregierung und den Fraktionsvorsitzenden von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Linken ist ein wichtiger Schritt, um gemeinsam in Berlin für die Interessen unseres Landes einzutreten. Wir werden über den Bundesrat mit Nachdruck die Bundesregierung auffordern, sich in Brüssel für die unveränderte Umsetzung des Kohlekompromisses einzusetzen.

Nordrhein-Westfalen ist das Land der Stadtwerke. Die Landesregierung wird die Stadtwerke insbesondere beim Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen

stärken. Die Zukunft der Stromversorgung wird auch in unserem Land stärker von vielen kleinen Erzeugern auf Basis regenerativer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung geprägt sein.

Ziel der Landesregierung ist es darüber hinaus, eine regionale Energie- und Strukturpolitik zu entwickeln. Für moderne und nachhaltige Arbeitsplätze aktiviert das Land energiewirtschaftliche Innovationen in Handwerk und Mittelstand, in den Kommunen und kommunalen Unternehmen.

Verlängerung der Laufzeiten bei AKWs mit uns nicht zu machen

Nordrhein-Westfalen war Vorreiter beim Ausstieg aus der Atomkraft. Wir waren damals weiter als die Bundesregierung heute.

Unterm Strich sind die Beschlüsse der Bundesregierung zur Zukunft der Atomkraft in Deutschland eine Kapitulation vor den Interessen der Atomwirtschaft. Sie sind gut für wenige, aber schlecht für viele. Mit der Aufkündigung des Atomkonsenses ignoriert die Bundesregierung die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. Die erneuerbaren Energien sind die Verlierer, weil deren atomare Konkurrenz jetzt zusätzlich gestärkt worden ist. Die mittelständischen Unternehmen, die sich auf geregelte politische Rahmenbedingungen des Atomausstiegs verlassen haben, sind in ihrer Existenz bedroht. Die Stadtwerke befürchten zu Recht Milliardenverluste – und das schlägt voll ins Kontor der Kommunen.

Das ist schlimm genug, aber es kommt noch schlimmer: Die Energieunternehmen können die neue Brennelementesteuer steuerlich absetzen. Das führt zu Ausfällen bei der Körperschafts- und der Gewerbesteuer. Nach einer ersten Kalkulation geht es dabei um bundesweit 530 Millionen Euro im Jahr - 170 Millionen weniger für die Länder, 360 Millionen weniger für die Kommunen. Daraus werden schon in wenigen Jahren Milliardenausfälle, die für kein Land und keine Stadt zu verkraften sind.

Unser Fazit lautet: Was die Bundesregierung da beschlossen hat, ist ein gewaltiger Rückschritt bei unseren Bemühungen um eine vorsorgende, nachhaltige Klima- und Energiepolitik der Zukunft. Diese Beschlüsse sind ein mehrfaches Sicherheitsrisiko für Unternehmen, für Kommunen, für die Menschen. Das werden wir nicht hinnehmen. Sollte der Bund versuchen, den Bundesrat zu umgehen, werden wir klagen. Und wenn dieser Atomplan dann in den Bundesrat geht, werden wir dafür sorgen, dass die Bundesregierung keine Mehrheit bekommt.

Ökologische Erneuerung – Klima- und Umweltschutz

Im nächsten Jahr ist es genau 50 Jahre her, dass Willy Brandt den „blauen Himmel über der Ruhr“ gefordert hat. Damals haben das fast alle für lebensfremd oder utopisch gehalten. In Wahrheit war das die Geburtsstunde der Umweltpolitik in Deutschland.

Heute wollen uns manche einreden, eine weitgehende Deckung unseres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien sei reine Utopie. Wir sagen: Das ist zwar ein ehrgeiziges, aber ein realistisches und ein notwendiges Ziel.

In Nordrhein-Westfalen wird über ein Drittel des in Deutschlands entstehenden CO₂ emittiert. Wir müssen also einen großen Beitrag leisten, damit die deutschen Klimaschutzziele erfüllt werden können. Unser Ziel lautet, die Emissionen an Treibhausgasen bis 2020 um 25 Prozent und bis 2050 um 80-95 Prozent zu senken. Dazu werden wir ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen. Darin werden wir einen Klimaschutzplan mit konkreten Zielen verankern, dessen Einhaltung jährlich überprüft werden soll.

Nordrhein-Westfalen soll Vorreiter bei Klimaschutz, bei Energieeinspartechnologien und erneuerbaren Energien werden. Wir werden deshalb den Ausbau der Windenergie endlich auch bei uns voranbringen. Und wenn für eine Übergangszeit nach einer Brückentechnologie gerufen wird, dann sagen wir „Ja“ dazu - aber wir meinen damit etwas anderes, nämlich die Kraft-Wärme-Kopplung, hohe Wirkungsgrade auf Basis von fossilen Energieträgern und mit höchsten Umwelanforderungen, flexibel und dezentral umsetzbar.

Wenn Bundesregierung und Energiekonzerne uns die Atomenergie als Brückentechnologie anpreisen, dann sage ich: Diese Brücke wird bestenfalls eine Brücke über Berge von strahlendem Atommüll sein.

Anspruchsvolle Umweltziele - wertvolles Naturerbe NRW sichern

Wir wollen einen ökologischen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen erreichen, ambitionierte Umweltstandards setzen und konkrete Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele verfolgen. Eine eigenständige und schlagkräftige Umweltverwaltung wird einen stärkeren Beitrag zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, zur Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur und nicht zuletzt zur Sicherung des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen leisten.

Wir wollen das wertvolle Naturerbe unseres Landes bewahren: seine biologische Vielfalt und seine gewachsenen Kulturlandschaften. Wir werden die Hauptursachen für den Verlust unserer natürlichen Lebensgrundlagen - den massiven Flächenverbrauch, eine intensive Landwirtschaft, den naturfernen Ausbau von Gewässern und eine häufig naturferne Bewirtschaftung der Wälder konsequent angehen, das Landschaftsgesetz umfassend novellieren und eine Biodiversitätsstrategie für Nordrhein-Westfalen aufstellen und den Naturpark Senne-Egge / Teutoburger Wald wieder anstoßen.

Flächen und Böden werden in unserem Land noch immer viel zu stark in Anspruch genommen. Eine Politik der Nachhaltigkeit kann sich nicht damit abfinden, dass im langjährigen Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen pro Tag ca. 15 Hektar freie Landschaft in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt werden. Bis zum Jahr 2020 wollen wir den täglichen Flächenverbrauch auf höchst-

tens fünf Hektar, also ein Drittel des heutigen Wertes, senken. Langfristig sollen in der Summe überhaupt keine zusätzlichen Flächen mehr für Siedlung und Verkehr in Anspruch genommen werden. Wir wollen dabei ökonomische und fiskalische Anreize setzen, die den Flächenverbrauch wirksam begrenzen. Dabei wird der kommunale Finanzausgleich eine wichtige Rolle spielen. Ebenso werden wir das rechtliche und planerische Instrumentarium konsequenter ausschöpfen als bisher. Den Kiesraubbau wollen wir durch eine restriktive Bedarfsprüfung und den „Kieseuro“ eindämmen.

Der umweltbezogene Gesundheitsschutz hat gerade in Nordrhein-Westfalen mit seinen besonderen Herausforderungen, die aus Industrie, Verkehrsaufkommen und Bevölkerungsdichte resultieren, eine besondere Bedeutung. Der Staat muss die Bürgerinnen und Bürger und ihre Umwelt vor Umweltgiften, Luftschadstoffen, Lärm und Elektrosmog schützen. Das wollen wir verstärkt mit einer integrierten Gesamtkonzeption „Umwelt und Gesundheit“ tun, um die umweltbedingten Gesundheitsrisiken zu verringern. Die Verankerung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes auf allen Ebenen und Politikfeldern werden wir mit dem Masterplan „Umwelt und Gesundheit“ vorantreiben.

Naturnahe Landwirtschaft und Tierschutz

Die Landwirtschaft in unserem Bundesland hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung. Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche und gentechnikfreie Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume beiträgt. Wir wollen eine tier-, umwelt- und klimagerechte Modernisierung der Landwirtschaft. Wir stehen nicht für eine Politik des Wachsens oder Weichens, sondern für eine Politik des Bewahrens. Mit einer gezielten Agrarförderung werden wir bäuerliche Strukturen stärker machen.

Das Staatsziel Tierschutz muss konsequent umgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiere artgerecht leben können und dass ihnen Schmerz und Leid erspart bleiben. Als erstes werden wir dazu das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände auf den Weg bringen.

Unser Wald ist nicht nur als Produktionsstätte für den nachwachsenden Rohstoff Holz und als natürliche Lebensgemeinschaft für Tier- und Pflanzenarten unverzichtbar. Ein gesunder Wald wird auch zum Schutz des Bodens und des Wassers, als Klima-, Immissions-, Lärm- und Sichtschutz, vor allem aber als Erholungsraum und Lernort für Menschen dringend gebraucht. Wir wollen unsere Wälder durch nachhaltige und naturnahe Waldbewirtschaftung schützen und sichern.

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

unser Ziel ist und bleibt die Vollbeschäftigung. Sichere Arbeitsplätze, gute und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, eine faire, für Frauen und Männer gleichermaßen leistungsgerechte Bezahlung sowie eine starke Mitbestimmung sind die Voraussetzungen für Leistungsbereitschaft und Motivation der Beschäftigten und den sozialen Frieden in unserem Land. „Gute Arbeit“ ist eine der stärksten Säulen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Sie muss in allen Bereichen unserer Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes gelten. Das ist mehr als nur ein Gebot der Fairness und der Vernunft. Unternehmen und Betriebe sind erfolgreicher, wenn sie Arbeit so gestalten, dass sie motiviert, dass sie Lebensqualität und Gesundheit erhält, wenn sie ausbilden und wenn sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Raum und Zeit geben für das familiäre Zusammenleben und die Betreuung von Kindern. Heute sehen wir, dass gerade solche Unternehmen, die mit all dem frühzeitig begonnen haben, besser durch die Krise gekommen sind als andere, die die Prinzipien der guten Arbeit bis heute ignorieren.

Es wird eine der größten Aufgaben unserer Gewerkschaften in den Betrieben bleiben, darauf zu achten, dass das Prinzip „Gute Arbeit“ für alle gilt, angefangen von der Entlohnung bis zur Wahrung und Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten. Betriebs- und Personalräte werden auch in Zukunft eine entscheidende Rolle bei der Ausgestaltung der Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts spielen. Mitbestimmung bleibt dabei ein wichtiger Hebel. Das unterstützen wir ausdrücklich. Darum werden wir die Verschlechterungen des Landespersonalvertretungsgesetzes rückgängig machen und darüber hinaus für ein modernes und flexibles Dienstrecht sorgen.

Faire Löhne

Eine der größten Bedrohungen des sozialen Friedens und für den sozialen Zusammenhalt ist zweifelsohne das Auseinanderdriften zwischen Menschen, die bezahlte Arbeit haben, und jenen, die erwerbslos sind. Aber genauso viel sozialer Sprengstoff liegt in der wachsenden Kluft zwischen jenen, die gutes Geld für gute Arbeit bekommen und jenen, die trotz eines Vollzeitjobs mit ihrem Einkommen nicht einmal das Existenzminimum finanzieren können. Wir müssen die Lohnspirale nach unten stoppen.

Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, wie es ihn fast überall in Europa gibt. Die Höhe dieses Mindestlohns wird von einer unabhängigen Kommission festgesetzt und angepasst. Das ist auch ökonomisch sinnvoll. Woher sonst sollen denn Impulse für die Binnennachfrage herkommen, wenn bei uns seit 20 Jahren die Reallöhne anders als bei unseren Nachbarn in Europa nicht gestiegen sind?

Ich bedaure es, dass die Bundesregierung es immer noch nicht geschafft hat, insbesondere in der Zeitarbeit einen Mindestlohn durchzusetzen. Ich betone ausdrücklich, dass Zeitarbeit ein wichtiges Instrument sein kann, um flexibel auf Konjunkturschwankungen reagieren zu können. Aber bei der Zeitarbeit müssen wir mehr tun, damit sie nicht missbraucht wird, um Stammbeflegschaften zu ersetzen. Wir brauchen ein neues Synchronisationsverbot und neue Instrumente, um konzerninterne Verleihpraktiken zu verhindern. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss auch hier ohne Wenn und Aber gelten. Für diese Forderungen werden wir eine Bundesratsinitiative starten.

Dort, wo wir als Landesregierung handeln können, werden wir das tun. So werden wir schnellstmöglich ein europarechts-konformes Tariftreuegesetz auf den Weg bringen, um Lohn- und Sozialdumping bei öffentlichen Aufträgen zu verhindern. Ordentliche und ehrliche Arbeit muss auch ordentlich bezahlt werden. Dafür wird sich diese Landesregierung einsetzen: in NRW, im Bund und in Europa.

Passgenaue Arbeitspolitik

„Gute Arbeit“ ist aber weit mehr als eine Summe von Mindeststandards, so nötig sie sind. Sie braucht passgenaue, nachhaltige Konzepte für die spezifischen Anforderungen unserer Regionen, denn Arbeitspolitik kann erst dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn sie die spezifischen Problemlagen und Nachfragen der Regionen berücksichtigt. Sie muss ihre Angebote mit regionalen Handlungsansätzen und Maßnahmen verknüpfen. Hierzu gehört auch eine qualifizierte Beratung von Arbeitslosen, und damit meine ich nicht nur die Agenturen für Arbeit. Deshalb wird die Landesregierung die Förderung der Arbeitslosenzentren wiederaufnehmen.

Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben abbauen

Ungleichheit im Berufsleben ist ein besonderes Problem von Frauen. Vielfach gut ausgebildet und hoch anerkannt, sind sie bei Verdienst- und Karrierechancen gegenüber ihren männlichen Kollegen klar im Nachteil. Das muss sich ändern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - dieser Grundsatz muss auch zwischen Frauen und Männern gelten. Wir brauchen mehr Frauen in Spitzenpositionen. Im Bundesrat werden wir uns für eine Quotierung von Aufsichtsräten in börsennotierten Unternehmen einsetzen. Auch hier, im eigenen Land, wollen wir dabei Vorreiter sein und einen Frauenanteil von 40 Prozent in Leitungsgremien von Landesgesellschaften erreichen.

Wir werden mit neuen Agenturen „Frau und Wirtschaft“ jene Frauen unterstützen, die erwerbstätig sein wollen und damit ihre Existenz sichern.

Integration

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

sozialer Friede und sozialer Zusammenhalt brauchen eine nachhaltige Integrationspolitik. Sie ist eine herausragende Aufgabe von Politik und Staat, von Land und Kommunen, quer durch alle Ressorts und quer durch alle Bereiche, in denen Politik Verantwortung trägt. Sie ist aber kein exklusives Feld der Politik, sondern zugleich eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ersten Ranges. Auch nachhaltige Integrationspolitik ist präventive Politik. Sie muss bei den Kleinsten beginnen und ist noch lange nicht abgearbeitet, wenn sie das Erwachsenenalter erreicht haben.

Das wissen wir nicht erst seit der aktuellen Debatte um tatsächliche oder vermeintliche Verfehlungen und Missstände in der Integrationspolitik in Deutschland. Und wir brauchten nicht erst diese Debatte, um zu wissen, was auch bei uns in Nordrhein-Westfalen falsch gelaufen ist. Pseudowissenschaftlich untermauerte Allgemeinplätze und verallgemeinerte persönliche Erfahrungen nach dem Motto „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“ helfen genauso wenig weiter wie die Beschönigung oder Verdrängung der Wirklichkeit, so schmerzhaft sie an vielen Stellen ist - trotz aller Bemühungen und Erfolge um eine dauerhafte Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Integration ist nicht Assimilation, Integration setzt nicht nur die Bereitschaft voraus, integrieren zu wollen, sondern mindestens auch, sich integrieren lassen zu wollen. Dass wir bei der Integration erfolgreicher sein müssen, haben alle Fraktionen des Landtags bereits im Jahre 2001 mit ihrer gemeinsamen Integrationsoffensive anerkannt. Die Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Kommunen, den Kirchen, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, mit vielen gesellschaftlichen Gruppen und nicht zuletzt mit den Organisationen der Eingewanderten hat sich bewährt. Diese gemeinsame Integrationspolitik wollen wir mit einem eigenen Integrationsgesetz stützen. Es wird Klarheit und Verbindlichkeit bei Zielen und Aufgaben schaffen.

Mehr Integration heißt auch: mehr Partizipation. Ein weiterer wichtiger Schritt für mehr Teilhabe wird das kommunale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger sein, die nicht aus einem Land der EU stammen. Wir werden uns auf Landes- und auf Bundesebene für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für sie einsetzen. Dazu brauchen wir eine Änderung des Grundgesetzes, die wir nur mit großer Geschlossenheit und Gemeinsamkeit der Nordrhein-Westfalen im Landtag und im Bundestag erreichen könnten.

Wir wissen, dass Gesetze keine neuen Wirklichkeiten schaffen. Aber wir können sie Stück für Stück besser machen, damit das legendäre „Wir in NRW“ für alle Menschen bei uns gilt. Wir alle sind Nordrhein-Westfalen!

Älter werdende Gesellschaft

Wir wollen, dass alle Menschen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Das erfordert eine offene und auf alle Lebensphasen ausgerichtete Politik. Wir werden uns stärker als bisher um unsere älteren Bürgerinnen und Bürger kümmern und ihnen dabei helfen, die Chancen, die ein langes Leben mit sich bringt, zu ergreifen.

Wir leben nicht nur länger als früher, wir sind auch länger fit und mobil. Eine älter werdende Gesellschaft ist ein Grund zur Freude und nicht zur Sorge. Nordrhein-Westfalen soll zu einem Musterland für eine Gesellschaft des langen Lebens werden. Dazu gehören neue Bildungschancen, Service-, Dienst- und Gesundheitsleistungen, die sich stärker an den Bedürfnissen der Älteren orientieren und eine Arbeitswelt, die sich ihre Erfahrungen zunutze macht und sie nicht länger ausschließt. Dazu gehört aber auch, dass sich die Strukturen vor Ort so entwickeln, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Wohnumfeld und in ihrem Quartier bleiben können.

Unser Maßstab bei unserer Politik für ältere Menschen ist die Ausrichtung sowohl an der adäquaten Versorgung von Hilfebedürftigen als auch an der Nutzung von Potenzialen und Möglichkeiten der Partizipation im Alter. Sie haben selbstverständlich ein Recht auf volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das Selbstbestimmungsrecht des Menschen endet nicht mit Alter und Pflegebedürftigkeit. Es gilt ein Leben lang. Wir setzen uns dafür ein, dass die große Lebensleistung der älteren Generation anerkannt und gewürdigt wird.

Diese Selbstverständlichkeiten müssen sich endlich im Landespflegegesetz wiederfinden. Wir wollen die unabhängige Pflegeberatung sichern und ausbauen, wir wollen wirksamere Instrumente der kommunalen Pflegeplanung entwickeln und eine Pflegeinfrastruktur errichten, die auf neue Wohn- und Pflegeformen ausgerichtet ist. Auch hier müssen wir konsequent von den Menschen aus denken. Das betrifft die Pflegebedürftigen selbst und das betrifft ihre Angehörigen und die Pflegekräfte.

Inklusive Gesellschaft

Wer den Zusammenhalt der Gesellschaft will, darf weder Ausgrenzung noch Diskriminierung hinnehmen. Auch heute noch werden Menschen mit Behinderungen vielfach von Bildungs- und Ausbildungsangeboten, der beruflichen Teilhabe oder der bestmöglichen medizinischen Betreuung ausgeschlossen. Gemeinsam mit den Organisationen und Verbänden behinderter Menschen werden wir einen Aktionsplan „Eine Gesellschaft für Alle - NRW inklusiv“ auf den Weg bringen. Wir wollen auch hier aus Betroffenen Beteiligte machen. Wir werden die UN-Behindertenrechtskonvention in allen ihren Teilen in Landes-

recht umsetzen und die Bundesregierung dabei unterstützen, dasselbe auf Bundesebene zu tun. Wir werden auf der Grundlage eines breit angelegten Dialogs zur UN-Behindertenrechtskonvention" konkrete Schritte zur Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens tun.

Emanzipierte Gesellschaft

Wir setzen uns für eine emanzipierte Gesellschaft ohne Ausgrenzung ein. Für uns ist das eine Gesellschaft mit einem selbstbestimmten und partnerschaftlichen Miteinander von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen in allen Lebensbereichen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Religion, Alter und sexueller Identität. Wir werden den Schutz gegen Gewalt an Frauen auf eine verlässliche Grundlage stellen und verbessern. Eines unserer zentralen Ziele heißt darum: Für jede betroffene Frau und ihre Kinder soll es einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einem Frauenhaus geben.

Wir treten gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern ein. Dieser Grundsatz ist Aufgabe für alle Ressorts der Landesregierung. Wir werden einen Aktionsplan gegen Homophobie auflegen und die vollständige Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe unverzüglich im Landesrecht umsetzen. Auf Bundesebene wollen wir erreichen, dass dieses Ziel auch mit Blick auf das Steuer- und Adoptionsrecht umgesetzt wird.

Gesundheitspolitik

Umdenken in der Gesundheitspolitik heißt für uns: den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Wir dürfen nicht länger und einseitig von „Fällen“, „Strukturen“ und „Systemen“ her denken, sondern müssen immer wieder die Frage stellen, was jeder einzelne kranke Mensch für eine gute medizinische Versorgung braucht.

Wir stehen in der Gesundheitspolitik vor ganz neuen Herausforderungen. So nehmen zum Beispiel psychische Erkrankungen deutlich zu. Im Interesse der Betroffenen müssen wir hier ganz neue Antworten finden. Wir sind aufgefordert, in der gesundheitlichen Versorgung umzudenken und umzusteuern – und zwar in Richtung einer konsequenten Prävention, wenn wir die Lebensqualität der Menschen erhöhen und einen Beitrag zur Entlastung der Sozialsysteme leisten wollen. Hier müssen wir insbesondere die gesundheitliche Prävention für Kinder und Jugendliche, für ältere Menschen sowie für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärker in den Blick nehmen.

Ein wichtiges Anliegen unserer Gesundheitspolitik ist die Verbesserung des Schutzes von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern. Dabei werden wir im Rahmen des geltenden Gesetzes schnell handeln. Dabei werden wir insbesondere die ausufernden Ausnahmeregelungen kritisch überprüfen.

„Gesund zu leben“ ist zugleich Aufgabe des Verbraucherschutzes. Damit der Wettbewerb auf immer komplizierter werdenden Märkten funktioniert, ist ein Gleichgewicht zwischen den Verbraucherinnen und Verbrauchern auf der einen und den Anbietern auf der anderen Seite notwendig. Durch einen verbesserten Verbraucherschutz wird die Landesregierung zum Funktionieren des Wettbewerbs beitragen. Neben verbesserten Lebensmittelkontrollen werden wir das Angebot an unabhängiger Information und kompetenter Beratung für die Verbraucherinnen und Verbraucher weiter ausbauen, damit sie Konsumententscheidungen selbstbestimmt und bewusst treffen können. Dazu ist eine starke Verbraucherzentrale NRW als Anwalt der Verbraucherinnen und Verbraucher unverzichtbar. Mit einer Vereinbarung wollen wir finanzielle Planungssicherheit für die Verbraucherzentrale NRW schaffen und das Beratungsstellennetz in Nordrhein-Westfalen flächendeckend ausbauen.

Stadtentwicklung

Lebensqualität entscheidet sich in den Städten. Strukturwandel, Einwohnerverluste und Integrationsaufgaben stellen Stadtentwicklung und Wohnungspolitik vor neue Herausforderungen, ob in Ballungszentren, Großstädten oder in den Kommunen des ländlichen Raums. Wir haben es hier nicht mit einem vorübergehenden, sondern mit einem dauerhaften Prozess zu tun – und auch dabei werden wir unsere Kommunen unterstützen.

Wir wollen zum Beispiel die Stadterneuerungsprogramme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ sowie „Aktive Stadt- und Ortszentren“ weiterführen, um die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürgern in den betroffenen Stadtteilen gemeinsam mit ihnen zu verbessern. Die Bundesregierung darf die Städte und Gemeinden bei solchen und anderen dringenden Umstrukturierungsaufgaben nicht allein lassen. Aber genau das tut sie, wenn sie die Städtebauförderungsmittel des Bundes halbieren will. Für diese kurzsichtige Politik müssten die Städte und Gemeinden auf mittlere Sicht die Zeche zahlen. Sie müssten außerdem auf die Kofinanzierungsmittel der Europäischen Strukturfonds verzichten und auf private Investitionen in Milliardenhöhe – mit unabsehbaren Schäden für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Auch dagegen müssen wir in Berlin gemeinsam streiten.

Kunst und Kultur

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

der wahre Reichtum eines Landes und seine Lebensqualität hängen von vielen Faktoren ab.

Für die Lebensqualität vor Ort, in der Region und im Land sind Kunst und Kultur unverzichtbare Größen. Bei uns in Nordrhein-Westfalen gilt: Kunst und Kultur sind für alle da. Sie sind kein Luxus für Wenige. Und die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor für unser Land und unsere Kommunen.

Die kulturelle Bildung, an der unsere Kommunen als Träger der meisten kulturellen Einrichtungen und Programme großen Anteil haben, ist ein wichtiger Ausschnitt der Kulturlandschaft unseres Landes – aber nicht der einzige. Das gilt allemal für unser Land. Nordrhein-Westfalen hat ein einzigartiges kulturelles Profil, das von Vielfalt, Kompetenz, Offenheit und Dynamik geprägt ist. Die kulturelle Landschaft in Nordrhein-Westfalen ist bunt und vielfältig. Sie ist geprägt durch eine große Anzahl sehr leistungsfähiger Theater, Orchester, Museen, international ausstrahlender Festivals und einer Vielzahl herausragender Künstler und Ensembles. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir nach Wegen suchen, die gewachsene Substanz sowie die erreichte Qualität zu erhalten und zugleich Möglichkeiten der strukturellen Erneuerung zu erschließen.

Besonderes Augenmerk werden wir auf die Sicherung und Weiterentwicklung der kommunalen Theater- und Orchesterlandschaft legen. Gerade in Zeiten des Wandels brauchen wir Orte der Kreativität, solche Foren für die Themen und Belange der Gesellschaft. Dazu zählen auch die Häuser und Ensembles der freien Szene.

Die eindrucksvollen Aktionen und Veranstaltungen der Kulturhauptstadt 2010 zeigen, welche Impulse von Kultur ausgehen. Wir werden daran anknüpfen und mithelfen, dass wichtige Strukturen und Projekte der Kulturhauptstadt fortgeführt werden können.

Medien

Das Medienland Nordrhein-Westfalen ist vielfältig. Mit der Filmstiftung verfügen wir über eine national und international hoch anerkannte Medienförderung. Die Landesregierung möchte die Filmstiftung zu einer integrierten Förderinstitution im Leitmarkt der Kreativwirtschaft weiterentwickeln. Wir wollen auch für andere aufstrebende Branchen der Kreativwirtschaft neue und effiziente Fördermöglichkeiten schaffen; wir wollen im Standortmarketing neue Akzente setzen. Wir wollen deutlich machen: Die Kreativwirtschaft ist in Nordrhein-Westfalen am richtigen Platz. Wir wollen Partner der Akteure sein – der privaten wie der öffentlich-rechtlichen.

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk sichern

Auch die digitale Revolution hat hier ihren Platz. Wir wissen: Sie ist nicht aufzuhalten. Wir meinen: Sie braucht Regeln, um die Prinzipien der Unabhängigkeit und Vielfalt zu schützen. Für uns geht Meinungsvielfalt vor Meinungsmacht und Meinungsmonopolen. Wir werden den öffentlich-rechtlichen Rund-

funk durch eine Bestands- und Entwicklungsgarantie und ein öffentlich-rechtliches werbefreies digitales Angebot im Internet stärken.

Sportland NRW

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

Nordrhein-Westfalen ist ein Land in Bewegung, und das liegt auch an der größten Volksbewegung hierzulande: dem Sport. Die Bedeutung des Sports für unser Land und die Chancen und Möglichkeiten, die wir zur Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens durch und mit Sport sehen, sind gar nicht hoch genug einzuschätzen. Sport in NRW ist vielfältig und er bereichert unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht.

Wir nehmen den Sport heute oft als Selbstverständlichkeit wahr. Darüber vergessen wir häufig, welchen großen Beitrag er für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land leistet. Ohne ihn wäre unsere Gesellschaft um einiges ärmer, denn über die körperliche Aktivität hinaus bietet er Austausch und Begegnung, überwindet sozial-kulturelle Unterschiede und wirkt integrierend. Er leistet wichtige Beiträge für eine gesunde Lebensführung und vermittelt Fairness, Respekt und Toleranz.

Wie viele andere bin auch ich mit den Bundesligaschaltkonferenzen im Radio groß geworden. Wenn am Samstag die Spielstände aus den Stadien der Republik auf die Straße drangen, dann lag Spannung in der Luft. Dann waren wir Teil einer Mannschaft, Mitglied einer Fangemeinde und am Ende einfach nur Fußballbesessene: Jung und Alt, Deutsche und ausländische Mitbürger.

Als ich selber Teil einer Mannschaft war, hatte das über den gesunden Wettbewerb zwischen den Teams etwas sehr Verbindendes über kulturelle, religiöse und auch soziale Unterschiede hinweg. Hier habe ich wertvolle Erfahrungen im Umgang mit Menschen gemacht, die ich anderswo wohl nicht oder nicht so gemacht hätte – Teamgeist gehört dazu, Durchsetzungsfähigkeit, Fairness.

Sport verbindet. Unsere Gesellschaft tut also gut daran, den sozialen Wert des Sports hochzuhalten und zu nutzen. Sport ist die größte Volksbewegung in Nordrhein-Westfalen. Doch der Sport bewegt nicht nur. Im Spiegel gesellschaftlicher Veränderungen ist er selber in Bewegung. Dabei gibt es dringende Fragen und Probleme, die wir gemeinsam mit dem organisierten Sport diskutieren und lösen wollen. Eine älter werdende Gesellschaft, Kommunen, die bei der Sportinfrastruktur sparen müssen, zunehmende Kostenbelastungen für die Sportvereine – das sind nur einige der aktuellen Probleme, vor denen der Sport in unserem Land steht.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und dem Landessportbund in einem „Pakt für den Sport“ für die gesamte Legislaturperiode verbindlich regeln. Hier wollen wir sportpolitische Schwerpunkte und Handlungsstränge mit besonderer Ausrichtung auf Kinder, älter werdende Menschen, die Förderung von Talenten, die Gesundheitsprävention, und die Gestaltung von Bewegungsräumen festschreiben. Wir wollen die Schule über den regulären Sportunterricht hinaus als Bewegungsraum fördern und stärken.

Das kann uns nur in einer starken Partnerschaft gelingen, die ich heute noch einmal für die Landesregierung erneuern möchte und ausdrücklich anbiete. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem Landessportbund und weiteren Akteuren aus dem Umfeld des Sports.

Ehrenamt / Zivilgesellschaftliches Engagement

Im Sport hat auch das bürgerschaftliche Engagement einen starken Rückhalt. Das Ehrenamt geht aber weit über den Sportbereich hinaus. Mehr als ein Drittel der Menschen in Nordrhein-Westfalen engagiert sich ehrenamtlich. Mit ihrem ganz persönlichen Einsatz für Zusammenhalt, Teilhabe und Demokratie sind sie ein unbezahlbarer Gewinn für unser Land.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist es aber noch immer schwierig, Ehrenamt und Beruf miteinander zu vereinbaren. Wo wir das können, werden wir die Rahmenbedingungen für berufstätige Ehrenamtliche verbessern. Die bereits 2004 eingeführte Haftpflicht- und Unfallversicherung für Ehrenamtliche führen wir fort. Wir unterstützen es, wenn Städte und Gemeinden das bürgerschaftliche Engagement fördern. Mit einer jährlichen „Woche des Ehrenamts“ möchten wir ihnen unsere Wertschätzung ausdrücken und dazu beitragen, dass Ehrenamt und Ehrenamtliche mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren. Sie sind die wahren Vorbilder unserer Zeit. Mit der Einführung eines Ehrenamtspreises in verschiedenen Kategorien möchten wir diese Vorbilder stärker ins Licht der Öffentlichkeit rücken, denn sie sind die beste Werbung für das bürgerschaftliche Engagement. Auch auf diesem Weg möchten wir mehr Bürgerinnen und Bürger dazu motivieren, selber aktiv zu werden.

Weltoffenes Nordrhein-Westfalen

Ab dem 1. November werden wir die Bundesratspräsidentschaft übernehmen. Das ist eine weitere Chance, Nordrhein-Westfalen wirksam zu präsentieren – in Deutschland und über seine Grenzen hinaus. Heute schon sind wir mit vielen Regionen in Europa und auf der Welt eng verbunden.

Ein Land von der Wirtschaftstärke Nordrhein-Westfalens, das mehr exportiert als alle anderen Bundesländer, muss seine internationalen Beziehungen sorgfältig pflegen und intensivieren.

Wir profitieren in hohem Maße von der europäischen Integration und sind wie kaum ein anderes Land mit Europa verflochten. Wir wollen eine starke und

handlungsfähige Europäische Union, wir wollen ein soziales und ökologisches Europa. Deshalb werden wir dieses Europa auch in Zukunft aktiv mitgestalten – im Interesse Europas ebenso wie im Interesse unseres Landes. Deshalb müssen wir unsere europäische Kompetenz auf allen Ebenen stärken: in der Landesverwaltung, in den Kommunen, in den Unternehmen, in Schulen, in Universitäten und in der Ausbildung.

Wir müssen noch stärker und effektiver als bisher Präsenz in Brüssel zeigen und unsere Interessen geltend machen. Dort geht es jetzt um Entscheidungen mit enormer Bedeutung für Nordrhein-Westfalen: es geht um die Revision des EU-Haushalts und der europäischen Förderprogramme, es geht um die Energie- und Klimaschutzpolitik, es geht um die Themen Beihilfenkontrolle und Vergaberecht, die für die Kommunen und die Wohlfahrtsverbände ausgesprochen wichtig sind. Auch in Brüssel werden wir für mehr kommunale Gestaltungsrechte und für eine angemessene Beteiligung unseres Landes an künftigen Strukturfondsprogrammen kämpfen.

Mit unseren Nachbarn in den Benelux-Staaten, aber auch anderen europäischen Staaten und Regionen wollen wir europaweite Allianzen schmieden, um die Interessen Nordrhein-Westfalens zu wahren. Wir werden unsere Partnerschaften mit den europäischen Regionen pflegen und unsere vielfältigen internationalen Beziehungen zum Wohle unseres Landes weiterentwickeln. Dabei liegt uns die Zusammenarbeit mit den Regionen Oberschlesien und Nord-Pas de Calais im Rahmen des Weimarer Dreiecks besonders am Herzen. Wir beabsichtigen, die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes in einem offenen und partnerschaftlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und anderen Verbänden zu modernisieren und zu novellieren.

Das Beschaffungswesen des Landes soll auf ökologisch-soziale Kriterien umgestellt werden. Der faire Handel ist für uns ein wichtiger Baustein für die Umsetzung globaler Gerechtigkeit.

Eine meiner ersten Auslandsreisen wird mich nach Israel führen. Das besondere Engagement von Johannes Rau für die Freundschaft zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen ist für mich Vorbild. Die besondere Verantwortung vor unserer Geschichte ist für mich Verpflichtung, diese Freundschaft zu bewahren und zu festigen. Dazu gehören auch die Begegnungen zwischen jungen Menschen. Wir wollen Israel und seinen Nachbarn dabei unterstützen, in Frieden und Wohlstand zusammen zu leben.

IV. Mit Leidenschaft für unser Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Vernunft und Pragmatismus, Besonnenheit und das notwendige Maß an Gelassenheit, die Suche nach dem Konsens, das Machbare tun, ohne das

Wünschbare aus den Augen zu verlieren – das soll uns niemand als Schwäche auslegen oder als Mangel an Leidenschaft, für unsere Ziele und unsere Überzeugungen auch gegen Widerstand zu streiten. Wir suchen den Konsens, aber wir scheuen die politische Auseinandersetzung nicht. Diese Regierung wird Leidenschaft in der Sache beweisen. Wir haben den Ehrgeiz, dass Nordrhein-Westfalen wie so oft in der Vergangenheit Schrittmacher und Vorbild in ganz Deutschland bei den drängenden Fragen unserer Zeit ist.

Vor uns liegen wichtige Jahre. Wir übernehmen die Verantwortung dafür, dass es gute Jahre werden. Wir bieten eine neue politische Kultur zwischen den politischen Parteien und eine Politik des Dialogs mit allen gesellschaftlichen Kräften an, damit wir gemeinsam die besten Lösungen für unser Land Nordrhein-Westfalen entwickeln können - mit Augenmaß im Handeln und mit Respekt vor dem Willen und den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger.

Wir setzen uns fünf konkrete politische Ziele für unser Regierungshandeln:

1. Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen. Wir wollen allen Mädchen und Jungen Chancengleichheit und gezielte Unterstützung von Anfang an bieten. Mit der besten Bildung können wir Erfolg und Aufstieg durch Bildung ermöglichen, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das stärkt nachhaltig auch den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und sichert uns eine gute Zukunft. Wir haben das Ziel, in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren.
2. Wir haben das Ziel, Nordrhein-Westfalen zum ökologischen Vorreiter zu machen, zu einem Land, in dem gesundes und gutes Leben möglich ist und unser wertvolles Naturerbe geschützt wird. Durch den Fortschrittmotor Klimaschutz wandelt sich NRW mitten in Europa zu einer modernen ökologischen Industriegesellschaft. Dies wollen wir international sichtbar machen, indem wir die EXPO „Fortschrittmotor Klimaschutz“ nach Nordrhein-Westfalen holen und damit unser Land zum weltweiten Schaufenster für ökologische Erneuerung machen.
3. Wir lassen nicht locker, das Prinzip „Gute Arbeit“ in Nordrhein-Westfalen und Deutschland durchzusetzen. Dafür werden wir auf Bundes- und Landesebene kämpfen. Wir werden im Bundesrat Initiativen für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und zur Bekämpfung des Missbrauchs bei der Leih- und Zeitarbeit auf den Weg bringen. Und Nordrhein-Westfalen wird auch in den landeseigenen Gesellschaften vorangehen. Zu „Guter Arbeit“ gehört für uns dabei auch die Gleichstellung von Frauen - Das Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ und die Anhebung des Frauenanteils auf mindestens 40 Prozent in den Leitungsgremien von NRW-Gesellschaften werden wir Schritt für Schritt umsetzen.
4. Wir alle erleben es tagtäglich, dass Nordrhein-Westfalen mit seinem Verkehrsaufkommen das Verkehrs- und Transitland im Kern

Deutschlands und Europas ist - Tendenz steigend. Die Sicherung der Mobilität ist daher eine zentrale Zukunftsherausforderung, um den Verkehrskollaps NRW zu verhindern. Wir werden daher eine große Mobilitätskonferenz durchführen, um Lösungen für die Zukunft zu erarbeiten und ein breites Bündnis für Mobilität in Nordrhein-Westfalen zu bilden.

5. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt nicht nur politisch sichern und ausbauen. Wir wollen das unbezahlbare Engagement von Millionen Bürgerinnen und Bürgern auch entsprechend würdigen. Deshalb werden wir das Ehrenamt nicht nur stärken, sondern jedes Jahr als Zeichen der Wertschätzung eine Woche des Ehrenamts unter dem Titel „NRW engagiert sich“ veranstalten. Dabei wird jedes Jahr ein anderer Bereich ehrenamtlichen Engagements ausgewählt und Ehrenamtspreise in verschiedenen Kategorien vergeben. Wir wissen: Gemeinsam sind wir stark.

Alle diese Ziele können wir nicht alleine erreichen. Wir brauchen das Engagement der gesamten Zivilgesellschaft, so wie es gute Tradition in Nordrhein-Westfalen ist. Wir verstehen unsere Politik als Einladung. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger und die Parteien und Fraktionen des Landtags ein, die kommenden Jahre mitzugestalten und gemeinsam mit uns die besten Lösungen für Nordrhein-Westfalen zu finden und umzusetzen.

Zusammen können wir das schaffen. Denn uns eint eine große Gemeinsamkeit: Die Leidenschaft für unser Nordrhein-Westfalen.

Herzlichen Dank.